

Patente anmelden auf Innovationen ... und Altbekanntes

Firmen melden üblicherweise Patente an, um ein Monopol auf ihre neuesten Ideen und Entwicklungen zu erhalten. Es soll verhindert werden, dass diese kopiert werden, da ansonsten der technische Vorsprung schnell verloren wäre. Rechtstheoretisch ausgedrückt: Der Erfinder erhält als Belohnung für seine Leistung und die Veröffentlichung der Erfindung ein vom Staat gewährtes, zeitlich beschränktes Monopol von maximal 20 Jahren. Mit einem Patent kann er verbieten, dass andere Firmen das geschützte Produkt herstellen, anbieten, verkaufen oder besitzen.

Ein zu patentierender Gegenstand muss neu sein und auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhen. Mit anderen Worten kann Altes bzw. Altbewährtes nicht (erneut) patentiert werden. Ansonsten würde der technische Fortschritt durch die Monopolisierung von längst Bekanntem behindert werden. Eine Belohnung wäre nicht gerechtfertigt für jemanden, der keine eigene Leistung erbracht hat.

Allerdings gibt es über die Nutzbarkeit der Patentsysteme mitunter unterschiedliche Ansichten – verbunden mit gravierenden Folgen. Im Mittelpunkt stand schon immer das Ziel, mit eigenen Schutzrechten insbesondere Plagiatoren das Handwerk zu legen. Einige der Kopierer versuchen nun allerdings, den Spieß umzudrehen. Sie melden zu diesem Zweck immer häufiger selber Patente an. Das ist durchaus legitim. Relativ neu ist aber die Strategie, Patente auf mitunter schon

lang bekannte Gegenstände anzumelden und auch einzusetzen.

Ein Beispiel: Eine deutsche Firma baut seit einigen Jahren eine Maschine, die sie ständig weiterentwickelt. Kleinere Verbesserungen wurden hierbei nicht zum Patent angemeldet, größere schon. Plötzlich meldet sich eine chinesische Firma, die für sich beansprucht, eine Verbesserung der kopierten Maschine patentiert zu haben, die von der deutschen Firma damals nicht selbst angemeldet wurde. Wie aus dem Nichts wird der deutschen Firma also vorgeworfen, Maschinenteile der chinesischen Firma zu kopieren. Diese mit den Händen zu greifende Ungerechtigkeit zerrt an den Nerven und kann viel Geld kosten.

Solche Fälle passieren immer wieder und die berechtigte Frage lautet, wie so etwas sein kann. Die chinesischen Patentanmeldungen der Plagiatoren und die ggf. darauf erteilten Patente erfüllen ja nicht das Kriterium der Neuheit, da die Maschinen der deutschen Firma vor der Anmeldung der Plagiator-Patente auf den Markt gelangten und die technischen Lösungen somit vorher veröffentlicht worden sind. Eine Patenterteilung wäre somit eigentlich nicht mehr möglich.

Nun muss aber von der deutschen Firma nachgewiesen werden, dass die Maschine tatsächlich schon der Öffentlichkeit bekannt war. Dies ist schwierig genug. Häufig kommen lokale Besonderheiten zusätzlich ins

Spiel. In China zum Beispiel verlangen die Gerichte notariell beglaubigte Aussagen, die sogar von einem Landgericht beglaubigt und von der chinesischen Botschaft überbeglaubigt werden müssen.

Wie kann man diesem kostspieligen und auch rufschädigenden Ärgernis begegnen? Einige deutsche Firmen sind dazu übergegangen, den Plagiatoren zuvorzukommen und „alte“, schon länger in den Maschinen verbaute Technologien nachträglich anzumelden. Diese Anmeldungen dienen im Wesentlichen zur Dokumentation, dass die technische Lösung zumindest zum Anmeldezeitpunkt schon bekannt war und somit nicht später von einem Plagiator für sich beansprucht werden kann. Eine Veröffentlichung einer Patentanmeldung wird nämlich von allen Patentämtern und Gerichten als Stand der Technik anerkannt. Notarielle Beurkundungen, Beglaubigungen und Überbeglaubigungen sind in diesem Fall nicht notwendig.

Eine eigene Patenterteilung ist in aller Regel mit solchen Anmeldungen nicht beabsichtigt, weswegen der Vorwurf der Rechtsmissbräuchlichkeit ins Leere ginge. Der Aufwand zur Erstellung derartiger Anmeldungen ist grundsätzlich geringer als bei Anmeldungen zu technischen Neuerungen, die möglichst breit geschützt werden müssen und beispielsweise auch Alternativlösungen beschreiben. Auch reicht es aus, eine Anmeldung in Deutschland einzureichen, da eine deutsche Veröffentlichung der Patentanmeldung weltweit als Veröffentlichung gilt, also beispielsweise auch von einem chinesischen Gericht anerkannt wird.

Kurz und prägnant: Eigene Patentanmeldungen auf eigentlich schon bekannte Gegenstände sollen insbesondere Plagiatoren den Wind aus den Segeln nehmen, damit sich diese kein Angriffsmaterial in Form von unberechtigt erworbenen Patenten auf ebendiese Gegenstände verschaffen können.



Dr. Dipl.-Phys.
Thomas Schlieff
Patentanwalt



CANZLER & BERGMEIER

EUROPEAN TRADEMARK ATTORNEYS
EUROPEAN PATENT ATTORNEYS
PATENTANWÄLTE

Friedrich-Ebert-Str. 84
85055 Ingolstadt

Tel.: 08 41 / 8 86 89-0
Fax: 08 41 / 8 86 89-10

Email: info@cb-patent.com
Internet: www.cb-patent.com